

Leseprobe aus:



ISBN: 978-3-87134-813-6

Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf www.rowohlt.de.

Herfried Münkler

Der Dreißigjährige Krieg

Europäische Katastrophe,
deutsches Trauma 1618-1648

Rowohlt . Berlin

1. Auflage November 2017
Copyright © 2017 by Rowohlt . Berlin Verlag GmbH, Berlin
Karten Peter Palm, Berlin
Satz Arno Pro OTF (InDesign) bei
Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin
Druck und Bindung GGP Media GmbH, Pößneck,
Germany
ISBN 978 3 87134 813 6

Inhalt

Widmung

Inhalt

Einleitung Deutsche Erinnerung und deutsches Trauma

Historische Zäsuren und antiquarisches Interesse

Die Westfälische Ordnung, der Aufstieg des Staates und die Verstaatlichung des Krieges

Hierarchie und Gleichgewicht

Die Vielfalt der Kriegstypen

Ressourcenverbrauch, Kriegsfinanzierung und Heeresversorgung

Der Dreißigjährige Krieg und wir

1. Kapitel «Ihr kennt nicht die Folgen eures Tuns»:

Anfänge und Vorgeschichten

Fenstersturz in Prag

Anlässe und Ursachen

Der Streit um das Marburger Land zwischen den hessischen Landgrafen

War der Krieg wirklich «unvermeidlich»?

Kalenderstreit und Reichsexekution gegen Donauwörth

Die Gründung von Union und Liga

Der Erbschaftsstreit um das Herzogtum Jülich-Kleve-Berg

Einige Schlussfolgerungen für die Darstellung des Krieges

2. Kapitel Ein Aufstand, der das Reich erschüttert:

Der böhmisch-pfälzische Krieg

Auf Bündnissuche

Kaiser Ferdinand und Herzog Maximilian

Auf dem böhmischen Kriegsschauplatz

König für ein Jahr: Friedrich von der Pfalz in
Böhmen
Entscheidungsschlacht am Weißen Berg
Das kaiserliche Strafgericht über die böhmischen
Rebellen
Der Krieg um die Pfalz
Der Markgraf von Baden und Christian von
Braunschweig
Das Ende des Kriegs um die Pfalz
Symbolkrieg, Propagandakrieg und die Übertragung
der Kurwürde

3. Kapitel Fortgang und Ausweitung: Der niedersächsisch-dänische Krieg

Ein neuer Kriegsschauplatz entsteht
Auftritt Wallenstein
Dänemarks Kriegseintritt
Wallensteins Heer
Eine Kriegsetappe: Der Kampf um die Dessauer
Brücke
Der oberösterreichische Bauernaufstand und
der Ungarnfeldzug Mansfelds und Wallensteins
Die Schlacht von Lutter am Barenberg
Die Weiterführung des Krieges
Das spanisch-kaiserliche Ostseeprojekt
Das Ringen um Stralsund: Episode oder Wende
des Krieges?
Der Lübecker Friedensschluss und das kaiserliche
Restitutionsedikt

4. Kapitel Italienisch-polnisches Zwischenspiel

Ein europäischer Krieg auf deutschem Boden
Der mantuanische Erbfolgekrieg
Wallensteins polnischer Diversionskrieg und der
Feldzug in die Niederlande

5. Kapitel Die Zeit der großen Schlachten: Der schwedische Krieg

Gustav Adolfs Landung auf Usedom
Die Debatte über Gustav Adolfs Kriegsgründe
Das Streben nach Neutralität: Die Zögerlichkeit
der protestantischen Fürsten, sich den Schwe-
den anzuschließen
Wallensteins Entlassung
Konsolidierung der schwedischen Position in
Mecklenburg und Pommern
Gustav Adolfs Heer
Der Leipziger Konvent
Die Vernichtung Magdeburgs
Entscheidungszwang und Entscheidungsvermei-
dung: Johann Georg von Sachsen
Breitenfeld, die blutigste Schlacht des Krieges
Gustav Adolfs Siegeszug durch Deutschland
Zwischenspiele der Diplomatie
Tillys Ende an Lech und Donau
Die Verwüstung Bayerns, das Schwanken Sach-
sens und der Wiederaufstieg Wallensteins
Stellungskrieg bei Nürnberg und Entschei-
dungsschlacht bei Lützen: zwei Etappen im Du-
ell zwischen Gustav Adolf und Wallenstein
Politische Bewegung, militärischer Stillstand
Wallensteins Ermordung in Eger

6. Kapitel Ein Krieg, der nicht enden will: Vom Zerfall der Macht

Das Eigenleben des Krieges und seine Bilder
Die Schlacht bei Nördlingen und der Zusam-
menbruch der schwedischen Macht in Ober-
deutschland
Vom Prager Frieden zur Schlacht von Wittstock
Die große Klage: Unglücksbewältigung in Lite-
ratur und bildender Kunst
Das Eingreifen Frankreichs: Verhandlungen,
Bündnisse und der Krieg am Oberrhein

Der Niedergang der spanischen Macht: finanziell und militärisch, zu Wasser und zu Lande

7. Kapitel Zwischen Krieg und Frieden: Der lange Weg nach Münster und Osnabrück

Die Präliminarfriedensvereinbarung

Die zweite Schlacht von Breitenfeld und der schwedisch-dänische Krieg

Die Lage an Nieder- und Oberrhein und der Untergang des kaiserlichen Heeres bei Jankau

Der Beginn der Friedensverhandlungen in Münster und Osnabrück

Der Westfälische Frieden

Schluss Der Dreißigjährige Krieg als Analysefolie gegenwärtiger und zukünftiger Kriege

Was heißt «Ende der Westfälischen Ordnung»? Historische Analogien als methodische Herausforderung

Die Kriege im Vorderen Orient und in Nordafrika als neuer Dreißigjähriger Krieg

Strukturanalogien

Literatur

Namenregister

Dank

Bildnachweis

Einleitung

Deutsche Erinnerung und deutsches Trauma

Die Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg war das große Trauma der Deutschen, bis dieses Trauma durch die kollektive Erinnerung an die Gewalt und Zerstörung abgelöst wurde, die mit den beiden Weltkriegen einhergingen. Die Verwüstung der Städte, die Verheerung des Landes und das massenhafte Sterben der Menschen in den Jahren von 1618 bis 1648 standen beispielhaft für die Schrecken des Krieges,¹ doch diente der Dreißigjährige Krieg darüber hinaus als Erklärung dafür, warum die deutsche Geschichte, so die Annahme, seit dem 17. Jahrhundert ganz anders verlaufen sei als die der meisten europäischen Nationen: Während diese politisch handlungsfähige Staaten gebildet und ihre jeweiligen Interessen in gegenseitiger Konkurrenz zur Geltung gebracht hätten, sei Deutschland zum Tummelplatz für die Heere ebenjener Mächte geworden und habe erst mit großer Verspätung einen eigenen Nationalstaat bilden können. Dass die Deutschen unter den Europäern zur «verspäteten Nation» wurden, wie die von dem Soziologen Helmuth Plessner geprägte Formel lautet,² hat dieser Erinnerung zufolge ihre Ursache im Dreißigjährigen Krieg, der seinerseits wiederum auf die konfessionelle Spaltung des Landes zurückzuführen sei.

Gemäß dieser Beschreibung ist Deutschland einen «Sonderweg» gegangen: Während sich bei den mächtigen Akteuren der europäischen Politik, bei Frankreich und England, Spanien und Schweden, eine verbindliche Konfession durchsetzte, blieb Deutschland konfessionell gespalten, und im Westfälischen Frieden wurde dies festgeschrieben. Die Spaltung, so die geschichtspolitische Meistererzählung

weiter, habe sich im 18. Jahrhundert zum machtpolitischen Gegensatz zwischen dem protestantischen Preußen und dem katholischen Österreich, zwischen der Herrscherfamilie der Hohenzollern und dem Hause Habsburg zugespitzt, der bald zwei Jahrhunderte lang einer deutschen Nationalstaatsgründung entgegenstand. Folgt man dieser Sichtweise, so ist der im Dreißigjährigen Krieg ausgetragene Konflikt erst 1866 in der Schlacht bei Königgrätz (beziehungsweise Sadowa, wie man in Österreich sagt) zugunsten des protestantischen Nordens entschieden worden – geographisch nicht zufällig in Böhmen, also dort, wo der Dreißigjährige Krieg seinen Anfang genommen hat. Der Krieg habe Deutschland gegenüber seinen Nachbarn um zwei Jahrhunderte zurückgeworfen, und deswegen müssten die Deutschen in Jahrzehnten nachholen, wozu andere Jahrhunderte Zeit gehabt hätten. Die Trauma-Erzählung wurde damit zum Beschleunigungsimperativ der Politik.

Als Spätankömmling, so die politische Pointe der Erzählung, habe Deutschland sich seinen Platz unter den europäischen Großmächten nachträglich erobern müssen, und dabei sei es vor allem mit jenen Mächten in Konflikt geraten, die sich im Dreißigjährigen Krieg Einfluss auf die deutsche Politik verschafft und diesen Einfluss im Westfälischen Frieden auf Dauer gefestigt hätten. Die drei Einigungskriege, die Preußen zwischen 1864 und 1870 geführt hat, konnten demnach als Revision der Ergebnisse des Dreißigjährigen Krieges angesehen werden, und die den Deutschen angetane Gewalt wurde zur Rechtfertigung für die nunmehr von den Deutschen den anderen zugefügte Gewalt. Wer sich als Opfer begreift, hat oft keine Probleme damit, andere zum Opfer zu machen. Noch bei Beginn des Ersten Weltkriegs gehörte es zu den gängigen Begründungen für das militärisch offensive Vorgehen der Deutschen, man dürfe nicht zulassen, dass dem neuen Reich dasselbe Schicksal widerfahre wie dem alten Reich im Dreißigjähri-

gen Krieg. Das im kollektiven Gedächtnis der Nation verankerte Trauma wurde zur Rechtfertigung eines aggressiven Auftretens und zum Imperativ, die Wiederholung eines solchen Krieges auf deutschem Territorium unter allen Umständen zu verhindern. Das Mittel, das die Geschichtserzählung nahelegte, war eine Außenpolitik, die vor einem Präventivkrieg nicht zurückschreckte. Dies wiederum, so die Anschluss Erzählung von einem zweiten Trauma, habe dazu beigetragen, dass es in Europa im 20. Jahrhundert zu einem weiteren «Dreißigjährigen Krieg» gekommen sei, wie die beiden zu einem Geschehen zusammengefügte Weltkriege bezeichnet worden sind³ – eine überaus bittere Pointe, wenn vom «Lernen aus der Geschichte» die Rede ist.

Lange Zeit stand neben dem traumagespeisten Imperativ aggressiver Machtpolitik die ebenfalls durch den Rückbezug auf den Dreißigjährigen Krieg gestützte Überzeugung, einen derart langen und gesellschaftlich verheerenden Krieg nicht noch einmal zulassen zu dürfen. Es war der greise Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke, der legendäre Sieger von Königgrätz und Sedan, der am 14. Mai 1890 in einer Reichstagsrede vor einem neuen großen Krieg in Europa warnte, einem Krieg, der nicht «in einem oder in zwei Feldzügen» erledigt sein werde; «es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden, – und wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß schleudert!»⁴

Nahm man diese Warnung ernst, so lief sie darauf hinaus, die Entstehung von politischen Konstellationen zu verhindern, die denen vor Beginn des Dreißigjährigen Krieges ähnelten. Das konnte zu einer klug angelegten Entspannungspolitik führen, ebenso aber zur Planung kurzer Kriege, die in schnellen Feldzügen entschieden werden sollten. In diesem Fall wirkte das Geschichtsnarrativ des Dreißigjährigen Krieges wie eine Aufforderung, Kriege nach der

zünftig gesuchten Entscheidungsschlacht umgehend wieder zu beenden. Das Problem der deutschen Politik vor 1914 war, dass sie zwischen beiden Optionen, der Kriegsverhinderung auf der einen und der schnellen Niederwerfung des Gegners auf der anderen Seite, hin und her schwankte. Die Trauma-Erzählung ließ keine eindeutige Entscheidung und Festlegung zu.

Als Helmuth von Moltke vor einem neuen Dreißigjährigen Krieg warnte, äußerte er sich nicht nur als professioneller Militär, sondern brachte auch die Vorstellungswelt des deutschen Bürgertums zum Ausdruck, die durch die Schilderungen des Dreißigjährigen Kriegs in Gustav Freytags weitverbreitetem Werk *Bilder aus der deutschen Vergangenheit* - erschienen in mehreren Bänden zwischen 1859 und 1867 - geprägt war. «Wie der Kampf», so resümiert Freytag die Situation nach Ende des Krieges, «waren auch die Zustände, welche nach dem Kriege eintraten, außer allem Vergleich mit anderen Niederlagen kultivierter Völker. Gewiß sind in einzelnen Zeiträumen der Völkerwanderung große Landschaften Europas noch mehr verödet worden, zuweilen hat im Mittelalter eine Pest die Bewohner großer Städte ebensosehr dezimiert; aber solches Unglück war entweder lokal oder wurde leicht durch den Überschuß von Menschenkraft geheilt, der aus der Umgegend auf dem geleerten Grund zusammenströmte, oder es fiel in eine Zeit, wo die Völker nicht fester auf dem Boden standen als lockere Sanddünen am Strand, welche leicht von einer Stelle zur andern geweht werden.»⁵

Freytag ging es darum, das Exzeptionelle dieses Krieges herauszustellen, seine Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit vor allem im Hinblick auf das Unglück und Elend, das den Deutschen widerfahren sei: «Hier aber wird eine große Nation mit alter Kultur, mit vielen hundert festgemauerten Städten, vielen tausend Dorffluren, mit Acker- und Weideland, das durch mehr als dreißig Generationen

desselben Stammes bebaut war, so verwüstet, daß überall leere Räume entstehen, in denen die wilde Natur, die so lange im Dienste des Menschen gebändigt war, wieder die alten Feinde des Menschen aus dem Boden erzeugt, wucherndes Gestrüpp und wilde Tiere. Wenn ein solches Unglück *plötzlich* über eine Nation hereinbräche, es würde ohne Zweifel auch eine kleine Zahl der Überlebenden unfähig machen ein Volk zu bilden, ja schon das Entsetzen würde sie vernichten; hier aber hat das allmähliche Eintreten der Verringerung den Überlebenden das Schreckliche zur Gewohnheit gemacht. Eine ganze Generation war aufgewachsen innerhalb der Zeit der Zerstörung. Die gesamte Jugend kannte keinen anderen Zustand als den der Gewalttat, der Flucht, der allmählichen Verkleinerung von Stadt und Dorf, des Wechsels der Konfession.»⁶ Gustav Freytags Zeilen können als Kurzfassung der deutschen Trauma-Erzählung gelten.

Das von ihm prominent entfaltete Opfernarrativ hatte eine ambivalente Wirkung:⁷ Auf der einen Seite fügte es sich in einen Zustand der Trauer, des melancholischen Erinnerns und der politischen Zurückhaltung; auf der anderen Seite verschaffte es denen, die als Opfer der Geschichte und der geopolitischen Konstellationen vorgestellt wurden, ein gutes Gewissen, wenn es darum ging, die eigenen Ansprüche durchzusetzen: Man war ja Opfer und hatte in der Vergangenheit gelitten, weswegen Gegenwart und Zukunft dafür entschädigen mussten. Je eindringlicher das Opfernarrativ, desto größer der Anspruch auf Ausgleich. Das lässt sich an der Haltung des deutschen Bürgertums beobachten, dem die meisten Leser Gustav Freytags entstammten und von dem er, ein politisch Liberaler, erwartete, dass es im neugeschaffenen Deutschen Reich eine führende Rolle spielen werde.⁸ Es war vor allem das Bildungsbürgertum, das die Opfererzählung des Dreißigjährigen Krieges aufsaugte und daraus schlussfolgerte, man dürfe unter keinen

Umständen noch einmal in diese Rolle hineingedrängt werden. Man verstand Machtpolitik darum nicht als ein Projekt, dessen Chancen und Risiken, Erträge und Kosten kühl kalkuliert werden mussten, sondern glaubte, ein Recht auf die Umkehrung der früheren Konstellationen zu haben. Sobald moralische Ansprüche ins Spiel kommen, erscheinen Risikokalkulationen und Kosten-Nutzen-Erwägungen als kleintliches Denken gegenüber dem, was als historische Gerechtigkeit verstanden wird. Hierin lag die politische Wirkung der Opfererzählung und der traumatischen Fixierung auf den Dreißigjährigen Krieg in der kollektiven Erinnerung der Deutschen.

1. Kapitel
«Ihr kennt nicht die Folgen
eures Tuns»: Anfänge
und Vorgeschichten

Fenstersturz in Prag

Am Vormittag des 23. Mai 1618 drängte eine beständig wachsende Menschenmenge durch das Zentrum von Prag; sie zog vom Karolinum, wo sich die Vertreter der Stände versammelt hatten, zum Hradschin, zur Burg, wo die Statthalter des Kaisers residierten. Die kaiserlichen Beamten sollten zur Rede gestellt und gefragt werden, weshalb sie die Ständeversammlung des böhmischen Adels und der Städte nun schon zum zweiten Mal hatten verbieten lassen und wer für den, wie die Ständevertreter meinten, rüden Ton des kaiserlichen Verbotsschreibens verantwortlich sei.⁹ Manche der in Richtung Burg Drängenden meinten, das Schreiben sei überhaupt nicht in Wien, sondern in Prag verfasst worden, und man glaubte aus ihm die Auffassung einiger Standesgenossen herauszuhören, die der katholischen Gegenreformation eng verbunden waren, vor allem die des Jaroslaw von Martinitz und des Wilhelm Slawata. Auch machten in der Menge Gerüchte die Runde, denen zufolge die kaiserlichen Statthalter einen Anschlag auf die Ständeversammlung planten, um ein «absolutes Dominat» der Habsburger in Böhmen durchzusetzen. Dagegen wollte man sich wehren.

An der Spitze des Zuges marschierten Joachim Andreas von Schlick, der Führer des böhmischen Adels, ein Lutheraner, der bislang eher auf eine zurückhaltende und vorsichtige Politik gegenüber dem habsburgischen Kaiserhaus gesetzt hatte, und Heinrich Matthias von Thurn, ein Calvinist, der seit langem für entschiedenen Widerstand gegen die Eingriffe der kaiserlichen Beamten in die Rechte des böhmischen Adels eintrat. Die unterschiedlichen Einstellungen der beiden protestantischen Konfessionen, der Lutheraner und der Calvinisten, gegenüber dem Landesherrn spielten auch in Böhmen eine Rolle. Nun allerdings marschierten die beiden gemeinsam. Die kaiserlichen Beamten hatten es

zu weit getrieben. Das einte Lutheraner und Reformierte und verband selbst so gegensätzliche Charaktere wie den gemäßigten Schlick und den Heißsporn Thurn.¹⁰

Der Konflikt, der an diesem Vormittag offen ausbrach, betraf die ständischen Rechte. Es handelte sich um einen Verfassungskonflikt, der mit der unterschiedlichen Interpretation von Verträgen und Vereinbarungen zusammenhing. Gleichzeitig betraf er aber auch die freie Religionsausübung in Böhmen, also das Recht der Menschen, sich den eigenen Vorstellungen gemäß um ihr Seelenheil zu sorgen. Das Dokument, auf das sich die Stände als Hüter der Freiheit und Sicherheit Böhmens beriefen, war der Majestätsbrief Kaiser Rudolfs II. aus dem Juli 1609. In ihm wurden die Protestanten – im Text als «Utraquisten» bezeichnet – den Katholiken gleichgestellt, was auf die organisatorische Eigenständigkeit ihrer Kirche hinauslief und bedeutete, dass sie ungehindert Kirchen- und Schulgebäude errichten durften. Zudem erlaubte ihnen der Majestätsbrief, aus ihrer Mitte «Defensoren» zu wählen, die als Verteidiger ihrer Rechte auftraten.¹¹ Matthias, seit 1611 Rudolfs Nachfolger als böhmischer König, hatte diese Privilegien bestätigt, und auch Erzherzog Ferdinand, der ein Jahr zuvor neu gewählte böhmische König, hatte ausdrücklich zugesagt, dass er die den Böhmen im Majestätsbrief zugesicherten religiösen Freiheiten uneingeschränkt anerkenne. Darauf hatte die dem neuen König huldigende Ständeversammlung – die Huldigung war «der herrschaftsstiftende Akt am Anfang einer Regierung»¹² – Wert gelegt.

Dafür gab es aus ihrer Sicht gute Gründe, und einer davon war, dass Ferdinand in der Steiermark eine rigorose Politik der Rekatholisierung betrieben hatte. Einige befürchteten, er werde auch in Böhmen auf diese Weise vorgehen. Dass es unter den Adligen des Landes eine kleine Gruppe gab, die nichts sehnsüchtiger erwartete, als gemeinsam mit dem Landesherrn der Gegenreformation zum Sieg zu ver-

helfen, war allgemein bekannt. Jaroslaw von Martinitz etwa, einer der Statthalter des Kaisers in Prag, spielte dabei eine wichtige Rolle. Der von ihm erteilte Erlass, wer von den Untertanen seiner Besitzungen nicht zur katholischen Beichte und Kommunion gehe, müsse 50 Taler Strafe zahlen, richtete sich eindeutig gegen die Protestanten und verletzte die im Majestätsbrief jedem Bürger und Bauern zugesicherte Religionsfreiheit.¹³ Die allgemeine Unruhe wurde noch dadurch gesteigert, dass die weitgehend protestantische Altstadt von Prag einen Rat erhalten hatte, der zu mehr als der Hälfte aus Katholiken bestand.¹⁴ Generell ließ sich beobachten, dass bei der Ämtervergabe in der landesherrschaftlichen Administration entschiedene Anhänger der Gegenreformation bevorzugt wurden. Das sich ausbreitende Misstrauen gegenüber dem Landesherrn und den von ihm eingesetzten Beamten kam also nicht von ungefähr. Aber es war bislang eher diffus geblieben. Am frühen Vormittag des 23. Mai 1618 wurde es zum Antrieb für eine politische Aktion.

Der unmittelbare Anlass für die erste Einberufung der böhmischen Stände im März 1618 waren die Auseinandersetzungen um protestantische Kirchenbauten in Braunau und Klostergrab gewesen. Lutheraner hatten in Braunau auf dem Land des dortigen Benediktinerklosters eine Kirche errichtet, die der Abt des Klosters unter Verweis auf seine Besitzrechte wieder schließen ließ. Die kaiserlichen Statthalter in Prag unterstützten das, indem sie die Braunauer, die gegen die Anordnung des Abts protestierten, in einem Schreiben anwiesen, den Kirchenschlüssel im Kloster abzuliefern. Als einige von ihnen daraufhin nach Wien reisten, um sich bei Kaiser Matthias unter Verweis auf die im Majestätsbrief zugesicherten Rechte zu beschweren, wurden sie kurzerhand in Arrest genommen. In Klostergrab wiederum hatte der Prager Erzbischof die auf seinem Grund stehen-

de evangelische Kirche einfach abreißen lassen und evangelische Gottesdienste verboten. Letzteres war fraglos ein Verstoß gegen den Majestätsbrief. Am 11. März 1618 hatte die Ständeversammlung dann ein Schreiben an den Kaiser aufgesetzt, in dem dieser aufgefordert wurde, die Braunau und Klostergrab betreffenden Beschwerden der Bürgerschaft zur Kenntnis zu nehmen und die Rechte der Böhmen zu respektieren. In der kaiserlichen Antwort vom 21. März wurde die Ständeversammlung daraufhin für ungesetzlich erklärt, und die Magistrate der böhmischen Städte wurden angewiesen, keine Abordnungen dorthin zu entsenden. Das Vorgehen der Stände wurde «als Anlaß zu Aufruhr und Zwietracht verurteilt», den «Anstiftern ein Strafverfahren angekündigt».¹⁵

Die Reaktion aus Wien schweißte die unterschiedlichen Gruppen des böhmischen Adels und der Bürgerschaft fürs Erste zusammen. Die einen fühlten sich von Erzherzog Ferdinand betrogen, der den Majestätsbrief ja ausdrücklich bestätigt hatte, die anderen argwöhnten, bei dieser Antwort aus Wien hätten die Prager Statthalter die Feder geführt und weder Kaiser Matthias noch Erzherzog Ferdinand wüssten, worum es gehe. Sie täuschten sich, denn «der wirkliche Verfasser des kaiserlichen Schreibens war [...] der Kardinal Klesl, der es diesmal für angezeigt hielt, eine energische Sprache zu führen und, wie er sich brieflich gegen einige Vertrauenspersonen ausdrückte, es für zweckmäßig erachtete, daß der Kaiser nicht schleichend <wie ein Fuchs>, sondern gewaltsam <wie ein Löwe> auftrete».¹⁶ Dass Melchior Klesl, der eher auf Ausgleich und Kompromiss bedachte Direktor des Geheimen Rates in Wien,¹⁷ in dieser Frage Kompromisslosigkeit und Schärfe den Vorzug gab, ist ein weiteres Indiz dafür, wie verhärtet die Fronten inzwischen waren. Klesl, Sohn eines Bäckers und evangelisch getauft, hatte durch die Protektion der Jesuiten in Kirche und Universität Karriere gemacht und war von sei-

ner inneren Überzeugung her sicherlich ein «kompromissloser Reformkatholik»;¹⁸ aber er war auch ein geschickter Politiker, der in großen Zusammenhängen dachte und auf lange Sicht plante. Es war eigentlich nicht seine Art, Dinge übers Knie zu brechen. Wenn Klesl geglaubt hatte, auf diese Weise die Böhmen einschüchtern zu können, so hatte er sich jedenfalls getäuscht. Am 21. Mai trafen sich die Stände im Prager Karolinum erneut, um über die kaiserliche Antwort zu beraten und auf sie zu reagieren.

Kaum war die Versammlung am 21. Mai eröffnet, wurde ihr im Auftrag der Statthalter ein neuer Erlass des Kaisers vorgelegt, der, wenn auch in verbindlicherem Ton, ihr Zusammentreten untersagte und die Versammelten aufforderte, unverzüglich auseinanderzugehen. Damit war in Prag eingetreten, was am Anfang einer jeden europäischen Revolution stand – vom Abfall der Niederlande über die beiden englischen Revolutionen bis zur Französischen Revolution von 1789: Das Zusammenwirken von Landesherrschaft und Ständeversammlung hatte sich nach einer längeren Periode atmosphärischer Störungen und gehäufter Missverständnisse in einen antagonistischen Konflikt verwandelt, dessen gewaltsame Austragung nur noch durch das demütige Nachgeben einer Seite hätte vermieden werden können. Die große Mehrheit der böhmischen Ständevertreter war dazu nicht bereit. Ihr Zorn richtete sich gegen die kaiserlichen Statthalter in der Burg: Man wollte von ihnen wissen, ob sie das Versammlungsverbot gebilligt oder gar dazu geraten hatten. Um sie zur Rede zu stellen, zog man am besagten Morgen des 23. Mai los. Auf dem Weg zur kaiserlichen Burg schlossen sich dem Zug immer mehr Personen an; schließlich war es eine große Menschenmenge, die sich Zutritt zum Hradschin verschaffte, und die Burgwache sah angesichts dieser Überzahl keine Möglichkeit, sie am Betreten der Burg zu hindern. Wäre nur eine Delegation der im Karolinum Versammelten in die Burg gekommen, so

hätte man sie hier leicht festsetzen und dann die Burgtore schließen können. Dass eine führungslose Menge danach in der Lage gewesen wäre, den Hradschin zu stürmen, darf bezweifelt werden. So aber überrumpelte man die Statthalter mitsamt der Burgwache und bekam das Heft des Handelns in die Hand.

In der Burg angekommen, begaben sich die Ständevertreter zunächst in den Landtagssaal, wo die von den Defensoren verfasste Antwort auf das kaiserliche Dekret verlesen wurde. Man verständigte sich darauf, diesen Text den Statthaltern vorzutragen. Also ging es vom Landtagssaal weiter in deren Sitzungszimmer, wo sich vier von ihnen aufhielten: der Oberstburggraf Adam von Sternberg, dessen Schwiegersohn Jaroslaw von Martinitz, der Oberstlandrichter Wilhelm Slawata sowie der Grandprior des Malteserordens Diepold von Lobkowitz; bei ihnen befand sich noch der Sekretär Philipp Fabricius. Zdenko von Lobkowitz, der Großkanzler des Königreichs Böhmen, fehlte, da er sich zu Amtsgeschäften in Wien aufhielt. «Unangemeldet, gar keck und mit großer Importunitet», also Frechheit oder Rücksichtslosigkeit, seien sie hereingekommen, schrieb Martinitz später in seinem Bericht über die Ereignisse, «daß gemeldete Canzlei fast allein von denen Herren- und Ritterstandspersonen ganz voll gewesen, die Bürger aber meistens draußen vor der Tür, welche deshalb auch ganz offen bleiben müssen, gestanden».¹⁹ Martinitz hält genau fest, wer bei dem Aufruhr welche Rolle spielte: Es war vor allem der Hochadel, der sich gegen den Kaiser stellte. Nach einem kurzen Wortgeplänkel verlas Paul von Rziczán die Antwort der Stände auf das Versammlungsverbot: Auch auf die Gefahr hin, «Leib und Leben, Ehre und Gut» zu verlieren, habe man sich miteinander verbunden, um der Exekution des Dekrets zu widerstehen. Man wisse, dass dieses Schreiben auf Veranlassung einiger Feinde der freien Religionsausübung in Böhmen verfasst worden sei, und wolle

deswegen von den Anwesenden darüber Auskunft, «ob sie, oder etliche von ihnen, von gemeltem [besagtem] Schreiben gewußt, dazu geraten oder dasselbig approbiert hätten»²⁰.

Der Oberstburggraf verweigerte auf diese fordernde Frage zunächst jede Auskunft; man habe sich durch Eid zur Geheimhaltung aller Verhandlungen verpflichtet. Wenn die Herren wissen wollten, wer dem Kaiser zu diesem Schreiben geraten habe, so müssten sie sich an den Kaiser selbst wenden. Einzelne aus der Gruppe der Ständevertreter riefen dazwischen, man wisse ja ohnehin, dass Martinitz und Slawata bei der Antwort ihre Finger im Spiel gehabt hätten, und werde sie dafür bestrafen. Sie hätten das Gemeinwohl geschädigt. Graf Thurn wiederholte daraufhin die Frage, wer der Verfasser des kaiserlichen Dekrets sei und welchen Anteil die Statthalter daran hätten. Vom Auftreten der Eindringlinge eingeschüchtert und wohl auch unter dem Eindruck ihrer Waffen, erklärte der Oberstburggraf, nur unter äußerem Zwang verletze er das Dienstgeheimnis, und versicherte, dass das Schreiben nicht in Prag entworfen worden sei. Doch die Situation war inzwischen zu aufgeheizt, als dass mit dieser Auskunft die Gemüter hätten beruhigt werden können. Adam von Sternberg und Diepold von Lobkowitz wurden aus dem Saal herausgedrängt, während sich einige Ständevertreter der Herren Slawata und Martinitz bemächtigten, sie zu den weit geöffneten Fenstern zerrten und in den 17 Meter tiefen Schlossgraben warfen. Und weil sie schon dabei waren, warfen sie den Sekretär Fabricius noch hinterher. Das Ganze spielte sich zwischen neun und zehn Uhr ab. Aus den Vertretern der Stände waren politische Rebellen geworden.

Es dürfte sich bei dem Fenstersturz keineswegs um eine spontane, aus Wortwechsel und Handgemenge entstandene Aktion gehandelt haben. Er scheint vielmehr, zumindest

in seinen Grundzügen, geplant und vorbereitet gewesen zu sein – von der Konzentration auf Martinitz und Slawata bis zu dem Umstand, dass man gegen die beiden keine Waffen gebrauchte, sie nicht mit dem Degen niederstieß oder Pistolen auf sie abfeuerte, sondern «defenestrierte». Damit wiederholte man einen Vorgang, der sich ziemlich genau zweihundert Jahre vorher ebenfalls in Prag abgespielt hatte: Am 30. Juli 1419 waren Anhänger des vier Jahre zuvor auf dem Konstanzer Konzil verbrannten Theologen Jan Hus in das Rathaus der Neustadt eingedrungen, um dort inhaftierte Glaubensgenossen zu befreien. Im Zuge dieser Befreiungsaktion hatten sie den Bürgermeister, mehrere Ratsherren und Richter sowie einige Gemeindeälteste, insgesamt zehn Personen, aus dem Fenster geworfen, die dann im Hof von einer aufgebrachtten Menge mit Hieb Waffen totgeschlagen wurden. Dieser erste Prager Fenstersturz steht für den Anfang der Hussitenkriege, in denen sich die Böhmen gegen die Ritterheere des Kaisers militärisch behauptet hatten; zuletzt trotzten sie ihren Widersachern eine Reihe religionspolitischer Zugeständnisse ab.²¹ Man stellte sich am 23. Mai 1618 also in eine politische Tradition, vollzog gewissermaßen ein spezifisch böhmisches Aufstandsritual und ging davon aus, dass der danach zu erwartende Krieg für die Aufständischen ähnlich erfolgreich verlaufen werde wie die früheren Hussitenkriege.

Es scheint aber nicht nur das mit der Wiederholungstat verbundene Erfolgsversprechen gewesen sein, das Graf Thurn und seine Anhänger dazu veranlasste, die beiden Statthalter samt Sekretär aus dem Fenster zu werfen; die Wiederholungsin szenierung dürfte auch dazu gedient haben, die Bedenken eines Großteils der Ständevertreter, was einen Mord an den kaiserlichen Statthaltern anlangt, zu schmälern. Bis zum 23. Mai nämlich waren Thurn und seine auf offene Konfrontation mit dem Haus Habsburg setzenden Anhänger immer wieder auf den Widerstand der Mode-

raten unter den Ständevertretern gestoßen, zumeist Lutheraner, die zwar ihre Rechte verteidigen, es aber nicht zum offenen Bruch mit den Habsburgern kommen lassen wollten. Thurn und seine Anhängerschaft hingegen wollten den Bruch, und dazu brauchten sie eine Tat, deren Symbolkraft so groß war, dass keine Seite mehr hinter sie zurückkonnte. Zugleich musste sie so angelegt sein, dass sie von den Moderaten mitvollzogen werden konnte. Was lag da näher als die Reinszenierung des ersten Prager Fenstersturzes?



Matthäus Merians *Theatrum Europaeum*, das über die großen Ereignisse in der Politik und auf den Schlachtfeldern berichtete, enthielt zahlreiche Kupferstiche. Die von Merian ins Bild gesetzte Szene des Prager Fenstersturzes ist übersichtlich angelegt: Der Großteil der Personen, die in die Prager Burg eingedrungen sind, befindet sich außerhalb des Raumes, in dem die «Defenestration» stattfindet; von links stürmt eine Gruppe Bewaffneter herein; in einem angrenzenden Raum wird beraten. Das eigentliche Geschehen wird durch Dreiergruppen bestimmt, je zwei Rebellen, die einen der drei Männer ergriffen haben, die sie sogleich aus dem Fenster stürzen werden:

die kaiserlichen Statthalter Martinitz und Slawata sowie den Sekretär Fabricius.

Man hatte sich jedoch mit dem ersten Prager Fenstersturz von 1419 nicht besonders gründlich beschäftigt, sonst hätte man damit gerechnet, dass ein Sturz aus größerer Höhe nicht zwangsläufig mit dem Tod endet. Damals hatte man Leute bereitgehalten, die den durch den Sturz Verletzten den Garaus machten. Darauf hatte man bei der Reinszenierung verzichtet, sei es, weil man zusätzliche Personen ins Vertrauen hätte ziehen müssen und so das Risiko einer vorzeitigen Aufdeckung des Komplotts erhöht hätte, sei es, weil man offenes Blutvergießen scheute und darauf setzte, dass die bei einem Sturz aus solcher Höhe zugezogenen Verletzungen zum Tode führen würden. Doch genau das trat nicht ein: Alle drei «Defenestrierten» überlebten. Sie schlugen nicht auf hartem Steinpflaster auf, sondern landeten auf einem großen Abfallhaufen, wie er in Burggräben allenthalben zu finden war; offenbar hatten auch die weiten Mäntel die Fallgeschwindigkeit gebremst, und die drei rutschten eher an der abgeschrägten Burgmauer hinunter, als dass sie in freiem Fall stürzten. Jedenfalls verletzte sich nur Slawata so schwer, dass er aus eigener Kraft kaum gehen konnte.

Als die Rebellen an den Fenstern der Burg bemerkten, dass die drei überlebt hatten, feuerten sie ihre Pistolen auf sie ab, trafen aber nicht. Martinitz gelang noch in der Nacht die Flucht aus Prag, von wo aus er sich nach Regensburg und München begab, um über den ungeheuerlichen Vorfall zu berichten. Auch der Sekretär Fabricius konnte entkommen; er reiste nach Wien, wo er dem Kaiser die erste Nachricht von den Ereignissen in Prag übermittelte. Fünf Jahre später wurde ihm der treffliche Adelstitel «von Hohenfall» verliehen. Slawata wurde von seiner herbeigelaufenen Dienerschaft in das Haus des Zdenko von Lobkowitz gebracht, seinem gerade in Wien weilenden Kollegen aus dem Statt-

halterkollegium. Als Thurns Leute anrückten, um ihn aus dem Lobkowitz'schen Anwesen herauszuholen, trat ihnen Polyxena von Lobkowitz entgegen und sorgte dafür, dass sich Thurn und seine Leute wieder zurückzogen. In diesem Zurückweichen zeigte sich die Halbherzigkeit und Inkonsistenz der Prager Aufständischen. Polyxena von Lobkowitz hatte in der Zeit davor als «Muse der Rekatholisierung» in Böhmen gewirkt;²² wirklich entschlossene Aufständische hätten sich durch sie nicht bremsen lassen. Dass sie vor Polyxena zurückwichen, ließ von Beginn an Zweifel aufkommen, ob dieser Aufstand erfolgreich sein würde.

Der Anfang des Dreißigjährigen Krieges war von einer Paradoxie geprägt: Man scheute vor Blutvergießen zurück und setzte doch (was man indes nicht wissen konnte) einen Krieg in Gang, der zu einem der größten Blutvergießen der Geschichte werden sollte. Der von einer mutigen und entschlossenen Frau gerettete Slawata blieb bis zu seiner Genesung in deren Haus; danach verließ auch er heimlich Prag, um angesichts der eskalierenden Lage nicht erneut in Gefahr zu kommen.

Der Prager Fenstersturz wurde unmittelbar danach bereits von beiden Seiten propagandistisch ausgebeutet: von den protestantischen Aufständischen als Anknüpfung an die Hussitenkriege und den heroischen Widerstand der Böhmen gegen die fremden Eindringlinge, worauf man mit der Reinszenierung des ersten Prager Fenstersturzes ja hingearbeitet hatte; von Seiten der katholischen Landesherrschaft, indem man das Überleben der «Defenestrierten» auf das Eingreifen der Jungfrau Maria zurückführte, die ihren Sturz gebremst habe. Die propagandistische Absicht war im letzteren Fall klar: Wie die Gottesmutter den dreien beigestanden und sie gerettet habe, so werde sie auch den für die katholische Sache Kämpfenden in dem bevorstehenden Krieg beistehen. Diese Zuversicht beseelte das

ligistische Heer tatsächlich; sie ging auf die Wundererzählung von der Rettung der Defenestrierten zurück und zog sich wie ein roter Faden durch das erste Jahrzehnt des Krieges. Bis zu Tillys Niederlage gegen die Schweden bei Breitenfeld galten die der Jungfrau Maria gewidmeten Fahnen und Standarten des ligistischen Heeres als Garanten dafür, dass man den Sieg davontragen werde und dass, wenn der Sieg denn das Leben kostete, die Gottesmutter den im Kampf Gefallenen beim Jüngsten Gericht als Fürsprecherin zur Seite stehen werde. Maria wurde so zum Siegeszeichen der Katholischen.

Die Behauptung, die beiden Statthalter und ihr Sekretär seien durch das Eingreifen der Heiligen Jungfrau gerettet worden, findet sich erstmals in dem von Martinitz angefertigten Bericht über den Fenstersturz: Als Erster sei er selbst mit dem Kopf voran aus dem Fenster geworfen worden und habe in diesem Augenblick gerufen: «Jesu - fili Dei, miserere mei, Mater Dei, memento mei - Jesus, Sohn Gottes, erbarme dich meiner, Mutter Gottes, gedenke meiner!» Dieser Ausruf habe ihn gerettet: «Als er [Martinitz] aber allzeit oft nacheinander die heiligsten Namen <Jesu-Maria> stark ausgerufen, hat ihn solcher erschrockliche Wurf und Fall, aus sonderbarer, durch vornehmste unser lieben Frauen Vorbitte erlangten Gnade und Barmherzigkeit Gottes, nicht allein am Leben nichts, sondern auch an der Gesundheit wenig geschadet.»²³ Gottesfürchtige Leute hätten gesehen, so Martinitz weiter, wie «die allerseeligste und lobenswürdigste Jungfrau Maria, Mutter Gottes, als seine [Martinitz] vortreffliche Patronin erschienen [sei], welche ihn mit ihrem ausgebreiteten und unterlegten Mantel in dem Fall gleichsam aufgehoben, desto sanfter zur Erden mählich fallen lassen und also von gewissem Tod beim Leben und Gesundheit gnädiglich zu erhalten geholfen hat».²⁴

Im Vergleich zur protestantischen Anknüpfung an die Hussitenkriege war das zweifellos die stärkere Erzählung.

In ihrem großen Werk über den Dreißigjährigen Krieg, halb historische Darstellung, halb historischer Roman, hat die Schriftstellerin Ricarda Huch die Folgen dieser Wundererzählung ausführlich dargestellt: Einem geschlossenen Reiseswagen entsteigen in Regensburg zwei in dicke Mäntel gehüllte Männer und begeben sich eilends zum Kollegium der Jesuiten. Dort angelangt, offenbart sich einer der beiden dem Rektor des Kollegs als Jaroslaw von Martinitz und berichtet von dem, was ihm in Prag widerfahren ist. «Indem er laut die benedeite Jungfrau lobte, kniete der Rektor vor Martinitz nieder; er müsse durchaus demjenigen Verehrung erweisen, sagte er, den die Heilige Jungfrau so sichtbarlich beschützt habe.»²⁵ Von all dem müsse der Bischof erfahren, und umgehend begab er sich mit Martinitz zu dessen Amtssitz. Dort musste Martinitz erneut berichten. ««Was für ein herrliches Wunder», rief der Bischof, und der Rektor fügte mit funkelnden Augen hinzu, da alles so wohl abgegangen sei, müsse man frohlocken, daß die Unkatholischen einmal ihre Tücke und mehr als herodische Grausamkeit gründlich offenbart hätten. Nun müsse doch jedermann und auch der Kaiser einsehen, daß Moderation da nicht am Platze wäre, sondern daß Disteln und Dornen nur mit Feuer könnten ausgerottet werden.»²⁶

Die Radikalen beider Seiten spielten sich in die Hände, und durch dieses Zusammenspiel wurden die politisch Gemäßigten mehr und mehr ausgeschaltet. In Böhmen waren das die Lutheraner, die auf eine Übereinkunft mit dem Hause Habsburg gesetzt hatten, und in Wien war es Kardinal Klesl, der auch nach den Prager Ereignissen an einer Politik des Ausgleichs festhalten wollte. Die Erzählung vom wunderbaren Eingreifen der Gottesmutter stand nicht zuletzt auch für eine Politik der Konfrontation und wurde zum Einspruch gegen all diejenigen, die auf kompromissorientierte Verhandlungen mit den Böhmen setzten: Die Gottesmut-

ter selbst wollte, dass mit der Rückgewinnung Böhmens für den Katholizismus ernst gemacht wurde.

Anlässe und Ursachen

Mit dem Prager Fenstersturz begann der Dreißigjährige Krieg – auch wenn im Mai 1618 keiner der Beteiligten eine Vorstellung davon hatte, wie lange dieser Krieg dauern und wie viel Leid und Unglück er über die Menschen bringen würde. Die aufständischen Böhmen orientierten sich außer an den Hussitenkriegen ihrer Vorfahren am Beispiel der Niederlande, die sich in einem langwährenden Krieg erfolgreich gegen das übermächtige Spanien behauptet hatten.²⁷ In Wien dagegen setzte man darauf, dass man den Aufstand des böhmischen Adels – denn um mehr handelte es sich zunächst ja nicht – schnell niederwerfen könne. Nur zu gut wusste man um die Zerstrittenheit der Böhmen, um die Gegensätze zwischen Tschechen und Deutschen, Lutheranern und Calvinisten, hohem und niederem Adel, städtischem Bürgertum und bäuerlichen Schichten, und ob sich die Markgrafschaften Mähren, Nieder- und Oberlausitz sowie das Herzogtum Schlesien den Prager Aufständischen anschließen würden, war noch völlig offen.²⁸ Im Augenblick jedenfalls waren die Böhmen auf sich allein gestellt, und einige kaiserliche Berater in Wien betrachteten den Aufstand als eine gute Gelegenheit, die seit den Hussitenkriegen gemachten Konzessionen zurückzunehmen, vor allem die im Majestätsbrief Kaiser Rudolfs II. gewährten Privilegien, und im Zuge einer entschiedenen Rekatholisierungspolitik ein straffes landesherrschaftliches Regiment in Böhmen durchzusetzen. Aus ihrer Sicht bot der Prager Fenstersturz die Chance für eine Politik, die von einigen schon vor langem entworfen worden, aber stets an der Zögerlichkeit der Kaiser Rudolf und Matthias gescheitert war.

Matthias war, als der Prager Aufstand begann, schwer krank, und sein Tod war absehbar. Mit seinem voraussichtlichen Nachfolger Ferdinand, der bereits böhmischer König

war, würde man eine entschlosseneren Politik betreiben können. So jedenfalls dachten diejenigen, die mit Klesls Kurs des Verhandeln und Ausgleichens zutiefst unzufrieden waren und jetzt die «Ära der Schwäche» beenden wollten. In der Frage, wie es in Böhmen weitergehen sollte, standen sich zwei Parteien gegenüber, die in den zurückliegenden zehn Jahren bereits im Reich auf Konfrontationskurs gegangen waren. Hatte es bislang jedoch immer wieder Möglichkeiten des Sich-Arrangierens, des Hinausschiebens und der Formelkompromisse gegeben, so war das in der böhmischen Angelegenheit kaum noch der Fall. Der Fenstersturz hatte eine Entwicklung in Gang gesetzt, die von den Radikalen auf beiden Seiten als unumkehrbar betrachtet wurde. Nicht das Ereignis selbst führte zum Krieg, sondern eine bestimmte Interpretation dieses Ereignisses und seine politische Verbindlichmachung.

War der Prager Fenstersturz somit die Ursache des Dreißigjährigen Krieges? Oder war er doch nur der Anlass, den seit langem schwelenden Konflikt in einen offenen Krieg zu überführen, wozu auch jeder andere Anlass hätte dienen können? War der große Krieg in Mitteleuropa unvermeidlich, weil sich zwischen den Parteien so viel Konfliktstoff angesammelt hatte, dass er mit politischen Mitteln nicht mehr zu entschärfen war? Oder hätte er bei einem anderen Verlauf des zwischen Landesherrn und Ständevertretung ausgetragenen böhmischen Machtkampfs vermieden werden können? Ob der Funkenflug, der die mitteleuropäischen Spannungen explodieren ließ, vermeidbar oder unvermeidbar war, ob er von einigen aus Leichtsinne oder mutwillig und im Bewusstsein der möglichen Folgen erzeugt wurde – das ist eine Frage, zu deren Beantwortung immer wieder zwischen Anlass und Ursache unterschieden worden ist.²⁹

Die geschichts- wie politiktheoretisch elementare und doch so überaus heikle Unterscheidung von Anlass und Ursache geht auf den griechischen Historiker Thukydides zurück, dessen Werk auch in anderer Hinsicht für die Analyse des Dreißigjährigen Krieges aufschlussreich ist. Thukydides hat die aus einer Abfolge verschiedener Kriege bestehende Epoche der athenisch-spartanischen Konfrontation in den letzten Jahrzehnten des 5. vorchristlichen Jahrhunderts zu einem einzigen Krieg, dem «Peloponnesischen Krieg», zusammengefasst; seine Darstellung wurde daher zunächst auch unter dem Titel *Xyngraphie*, «Zusammenschreibung», überliefert.³⁰ Die Historiographie des großen Krieges im 17. Jahrhundert hat sich an dieser thukydideischen Vorgabe orientiert, als sie die durch Waffenstillstände und Friedensschlüsse voneinander getrennten Kriege zwischen 1618 und 1648 in Mitteleuropa ebenfalls zu einem einzigen zusammenhängenden Krieg, dem Dreißigjährigen Krieg, «zusammenschrieb».³¹ Thukydides ging es bei dieser «Zusammenschreibung» darum, die außerordentliche Ausdehnung des Krieges und damit seine paradigmatische Bedeutung gegenüber allen anderen Kriegen herauszustellen: Der von Homer beschriebene Trojanische Krieg hatte zehn Jahre gedauert, die von Herodot behandelten Perserkriege hatten sich über zwanzig Jahre hingezogen, aber der Krieg zwischen Athen und Sparta hatte sich über nahezu dreißig Jahre erstreckt.³² Allein durch seine Dauer war er der Krieg aller Kriege, und wer die in ihm ausgetragenen Konflikte, ihre Ursachen und ihre Folgen betrachtete, drang zum Kern des Politischen vor. Die «Zusammenschreibung» der einzelnen Kriege zu einem einzigen Krieg war also die Voraussetzung dafür, dass dieser Krieg einen paradigmatischen Charakter erhielt, durch den er alle anderen Kriege in den Schatten stellte. «Wer [...] das Gewesene klar erkennen will», so Thukydides am Ende seiner Vorrede über die Bedeutung des Peloponnesischen Krieges, «und

damit auch das Künftige, das wieder einmal, nach der menschlichen Natur, gleich oder ähnlich sein wird, der mag sie [die Darstellung dieses Krieges] für nützlich halten, und das soll mir genug sein: zum dauernden Besitz, nicht als Prunkstück fürs einmalige Hören ist sie verfaßt.»³³

Dieser Wertung konnten sich die meisten Autoren, die seit Mitte des 17. Jahrhunderts das Erlebte und Gehörte zu begreifen versuchten, durchaus anschließen: Der große Krieg in Mitteleuropa war der schrecklichste, der je stattgefunden hatte, und da dieses Urteil der allgemeinen Wahrnehmung entsprach, hat sich die Bezeichnung «Dreißigjähriger Krieg» schnell und umstandslos durchgesetzt. So heißt es im Widmungstraktat zum sechsten Band von Matthäus Merians *Theatrum Europaeum*, der sich mit der Schlussphase des Krieges beschäftigt, dass die Zeitzeugen dieses Ereignisses «auf dem *Theatro* oder Schawplatz deß Teutschlands *in praxi*, zumalen als viel die *Materiam* von Krieg und Frieden belanget, so viel gelernet und erfahren haben, als hiebevor und für Alters keiner in etlichen *seculis* thun können».³⁴ Dieser Krieg übertreffe durch seine Länge und die Härte der Auseinandersetzung alle früheren historischen Beispiele, aus ihm sei ein Wissen über Krieg und Frieden zu gewinnen, das allem anderen Wissen so weit überlegen sei, dass sich daraus sogar ein privilegierter Standort gegenüber dem der Antike ergebe.³⁵ Das wollte etwas heißen in einer Zeit, da die Ereignisse und Konstellationen der Antike noch allgemein als unerreichtes Vorbild wie Wahrzeichen galten. Ein solcher Krieg konnte angesichts seiner zeitlichen Dauer und räumlichen Ausdehnung nicht die Folge eines einzigen Ereignisses sein, schon gar nicht die Folge eines so randständigen Vorgangs, wie es der Prager Fenstersturz nun einmal war. Die Historiker mussten die untergründigen Entwicklungen herausfinden, die zu diesem Krieg geführt hatten, und dabei mussten sie

zeigen, dass alle Ereignisse, die sich in der Vorgeschichte des Krieges zugetragen hatten, in dessen Richtung wiesen.

«Den wahrsten Grund [für die Entstehung des Krieges] freilich», schrieb Thukydides, «zugleich den meistbeschwiegensten, sehe ich im Wachstum Athens, das die erschreckten Spartaner zum Kriege zwang.»³⁶ Auf diesen stummen Zwang der Entwicklungsprozesse kam er immer wieder zu sprechen: dass die Athener nicht länger Athener hätten bleiben können, wenn sie den Spartanern die Furcht vor dem ständigen und selbst im Frieden anhaltenden Machtzuwachs Athens hätten nehmen wollen. Die Spartaner dachten bei ihren Entscheidungen mehrfach darüber nach, ob sie sich Athen mit Krieg entgegenstellen sollten und ob dieser Krieg wirklich unvermeidlich war.³⁷ Während sie in Thukydides' Darstellung zögerten und vor dem Krieg zurückschreckten, weil sie dessen furchtbare Folgen zu kennen glaubten, gab es in Athen eine Reihe von Politikern, die im Prinzip an der Erhaltung des Friedens interessiert waren, zumal Athen davon ja in besonderem Maße profitierte – aber, da auch sie davon überzeugt waren, der Krieg werde zwangsläufig kommen, eine Politik betrieben, die von der Gegenseite als aggressiv verstanden werden musste: «Denn sie meinten, der Peloponnesische Krieg werde auch so kommen, und wollten Kerkyra nicht den Korinthern überlassen mit seiner großen Flotte, sondern die beiden [Kerkyra und Korinth] sollten sich möglichst aneinander reiben, damit im Notfall, wenn Athen Krieg führen müsste, Korinth und die anderen Seemächte schon geschwächt wären.»³⁸ Unter solchen Umständen waren alle Ereignisse, die den Krieg auslösten, bloße Anlässe; die eigentliche Ursache des Krieges lag in einer weithin selbstläufigen Entwicklung, jenseits der Reichweite der politischen Akteure: im steten Wachstum des auf Handel und Wandel angelegten Athen und in der sozioökonomischen Stagnation des Militärstaats Sparta.³⁹

Wer in seiner Darstellung des Dreißigjährigen Krieges der thukydideischen Unterscheidung zwischen Anlass und Ursache folgte, musste historisch weit zurückgreifen, um jene Entwicklungen auszumachen, die zwangsläufig zum Krieg führten, ihn unvermeidlich machten. Friedrich Schiller etwa geht in seiner *Geschichte des Dreißigjährigen Krieges* ein ganzes Jahrhundert zurück, wenn er mit den Anfängen der Reformation in Sachsen beginnt, sich danach mit dem Augsburger Religionsfrieden beschäftigt, um anschließend auf das Zerwürfnis von Lutheranern und Calvinisten einzugehen. Erst dann kommt er zu den genuin politischen Konflikten im Vorfeld des Krieges, der Reichsexekution gegen Donauwörth, der Bildung der protestantischen Union und der katholischen Liga, dem Erbfolgestreit von Jülich-Kleve-Berg, bevor er sich schließlich den Konstellationen in Böhmen und dem Prager Fenstersturz zuwendet. Die aufgeführten politischen Konflikte, die auch anders hätten ausgehen können und deswegen eher dem weiten Feld der Kontingenz zugehören als dem der Determination, sind für Schiller nur ein Ausdruck des großen Streits zwischen den Konfessionen. Bei einer solchen Herleitung konnten die Ereignisse in Prag bloß der Anlass des Krieges, nicht aber dessen Ursache sein. Diese lag, wenn man bis zur Reformation zurückging, wesentlich in der Glaubensspaltung. Schiller war jedoch nicht der Auffassung, die Glaubensspaltung habe zwangsläufig zum Krieg führen müssen; er beschreibt sie vielmehr als die Grundierung von Konstellationen, in denen machtpolitische Konflikte eine deutlich größere Eskalationsdynamik und damit Kriegswahrscheinlichkeit entfalten, als das üblicherweise der Fall gewesen wäre. Wer unter solchen Bedingungen den Krieg vermeiden wollte, musste eine sehr viel aktivere und weitsichtigere Friedenspolitik betreiben als sonst.

Seit Anfang des 17. Jahrhunderts, so Schillers implizite Kriegsursachenanalyse, kam es im Reich zu einer eskalato-

rischen Abfolge von Konflikten, die einen großen Krieg immer wahrscheinlicher machten und eine Reihe von Problemen derart miteinander verknöteten, dass, sobald der Krieg einmal begonnen hatte, nicht mehr mit einem schnellen Ende zu rechnen war. Die Ätiologie des Krieges bei Schiller ist zugleich die Erklärung seiner langen Dauer und des Verstreichens so vieler Gelegenheiten, bei denen es für rationale Akteure nahegelegen hätte, den Krieg zu beenden. Der Prager Fenstersturz ist aus der Sicht Schillers nur der Schlussakt einer Entwicklung, die in den vorangegangenen Jahrzehnten immer schneller auf den Krieg zulief und im Frühjahr und Sommer 1618 von niemandem mehr zu stoppen war. Diesem von Schiller vorgegebenen Modell der Kriegsursachenanalyse sind die meisten Historiker gefolgt, zumal Moriz Ritter, dessen zwischen 1889 und 1908 veröffentlichte dreibändige *Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges* bis heute das an Detailreichtum der Darstellung unübertroffene Standardwerk dieser Epoche darstellt. Fast alle Reihenwerke der Zeit behandeln Reformation, Gegenreformation und Dreißigjährigen Krieg in einem Zusammenhang – und das heißt in der Regel: in einem Band.⁴⁰ Der Dreißigjährige Krieg ist bei diesem Ansatz fest an die Geschichte des 16. Jahrhunderts rückgebunden: Das 16. Jahrhundert ist die Vorgeschichte des Krieges, und im Krieg kulminiert alles, was sich im 16. Jahrhundert entwickelt hat.

Ricarda Huch ist einen anderen Weg gegangen, als sie in ihrem mehr als tausendseitigen Werk *Der Dreißigjährige Krieg*, zunächst in drei Bänden zwischen 1912 und 1914 unter dem Titel *Der große Krieg in Deutschland* veröffentlicht, die von den Historikern in die Zeit vor 1618 eingezeichneten Hauptlinien des Konflikts in eine Fülle von Episoden aufgelöst hat; diese stehen unvermittelt nebeneinander, und erst im Nachhinein erschließt sich, wie sie zusam-

menhängen und was sie mit dem Krieg zu tun haben. Huch schleicht sich gleichsam über diverse Erzählstränge in das Geschehen ein: Der Krieg entsteht fast unmerklich aus einer Reihe von politischen Projekten, Machenschaften und Intrigen, mit denen die fraglichen Akteure beschäftigt sind. Es gibt in Huchs Erzählung keine Zäsur, die für das Ende des Friedens und den Beginn des Krieges steht. Der Krieg schleicht sich ein, nicht überall, sondern nur in begrenzten Räumen, und man hat den Eindruck, diese Kriege, die zunächst nicht mehr als eine bewaffnete Fortsetzung der vorangegangenen Machenschaften und Intrigen sind, könnten auch schnell wieder beendet werden. An die Stelle der großen Erzählung vom unversöhnlichen Gegensatz zwischen Protestanten und Katholiken tritt bei Huch ein mosaikförmiges Bild vom Wollen und Tun zahlloser Akteure, die auf ihren Vorteil bedacht sind und ihre Position im verwirrenden Spiel um Macht und Reichtum zu verbessern trachten. Der Übergang vom Frieden zum Krieg ändert dieses Spiel nicht grundsätzlich; eigentlich machen alle unter den Bedingungen des Krieges so weiter, wie sie zuvor im Frieden agiert haben. Mit einem Mal ist Krieg, und kaum einer hat gemerkt, wie es dazu kam. Bei Schiller entsteht der Krieg, weil einflussreiche Akteure ihn bewusst angesteuert haben, nachdem ihnen die Konflikte der Zeit nicht mehr anders lösbar schienen; bei Huch ist er die Folge dessen, dass sich die politischen Akteure nicht entschiedener um die Bewahrung des Friedens gekümmert, sondern den Ereignissen ihren Lauf gelassen haben.

In Huchs Darstellung hätte die Unterscheidung von Anlass und Ursache keinerlei Sinn. Es gibt für sie keine beherrschenden Entwicklungen, die, wie ein großer Magnet, die verwirrende Fülle der Episoden strukturieren und ordnen. Demzufolge können Entscheidungen und Ereignisse auch nicht zu bloßen Anlässen gegenüber den eigentlichen Ursachen herabgestuft werden. Überall hat der Zufall sei-

ne Hand im Spiel, und die Darstellung der Vorgeschichte des Krieges wird zu einer großen Studie über Kontingenz. An die Stelle der konfrontativen Gruppenbildung, auf der Schillers Ätiologie des Krieges beruht, treten bei Huch die persönlichen Dispositionen der kleinen und großen Machthaber, ihre Ziele und Absichten, vor allem auch ihre charakterlichen Eigenschaften, die vorsichtige Zurückhaltung bei den einen und die hochfliegenden Pläne bei den anderen. Sie alle wissen nicht, worauf ihr Tun und Handeln hinausläuft – und sie machen sich auch keine Gedanken darüber. Der Krieg ist nicht die Folge langfristiger Entwicklungen, sondern das unbeabsichtigte Ergebnis eines leichtfertigen Spiels. Selbstverständlich wäre er, folgt man Huchs Darstellung, zu verhindern gewesen – wenn der eine Herrscher länger gelebt hätte und der andere früher gestorben wäre, wenn Laune und Mutwille hier und da zu anderen Entschlüssen geführt hätten, wenn die Mutterliebe im einen Fall geringer und die väterliche Anerkennung im anderen Fall größer gewesen wäre. Wo solche Kontingenzen das politische Feld beherrschen, ist jeder Anlass immer auch eine Ursache, weil sich, wenn er ausgeblieben wäre, die gesamte Abfolge des Geschehens verändert hätte.

Das ist eine Sichtweise, die sich in dieser Radikalität eher in literarischen als in historiographischen Darstellungen des Krieges findet – wobei hinzuzufügen ist, dass die Erzählerin Ricarda Huch Historikerin war, eine der ersten Frauen, die an einer Universität promoviert wurden, in diesem Fall in Zürich, weil Frauen an deutschen Universitäten noch nicht zum Studium zugelassen waren. Methodische Prinzipien und der Imperativ narrativer Stringenz hindern den Historiker daran, der Vorstellung einer völligen Kontingenz der Ereignisse zu folgen – dass alles auch anders hätte kommen können, wenn nur an einer einzigen Stelle eine andere Entscheidung getroffen worden wäre. Das sind, wie die Lektüre von Huchs Werk zeigt, «Hintergrundannah-

men», und die Darstellung des Krieges kann sich nicht darin erschöpfen, Kontingenzen zu beobachten und herauszustellen, wie es denn so hätte gewesen sein sollen. Das Wirrwarr der Episoden muss sich schließlich auch bei Huch zu einem Mosaik formen, und das ist am ehesten möglich, wenn sich die Darstellung auf einzelne Personen konzentriert und deren Handeln ausleuchtet. In diesem Sinn beruhen die Biographien zu den großen Gestalten des Dreißigjährigen Krieges, die umfangreichen Werke vor allem zu Wallenstein und Gustav Adolf, auf der Annahme einer weitgehenden Zufallshaftigkeit des Geschehens, in das die jeweilige Hauptfigur der Darstellung ordnend und wegweisend eingreift. Solche Biographien sind von ihren theoretisch-methodologischen Voraussetzungen her das Gegenstück zu den Gesamtdarstellungen, in denen der Dreißigjährige Krieg als eine zwangsläufige Folge der bis weit ins 16. Jahrhundert zurückreichenden Entwicklungen erscheint. In den biographisch ausgerichteten Darstellungen tritt die Anlass-Ursache-Unterscheidung zurück, und das politische Geschehen wird zu einem offenen Feld, in das die großen Akteure ihren Willen einschreiben – eine Sicht also, bei der der Krieg aus einer bestimmten Verkettung von Umständen und Zufällen entstand, denen ein kluger und vorausschauender Akteur durchaus eine andere Richtung hätte geben können.

Kaiser Rudolf II. hätte, wenn er ein anderer gewesen wäre, eine solche Rolle spielen können. Wenn Rudolf, so der Historiker Volker Press, angesichts der wachsenden religionspolitischen Konflikte im Reich und der Selbstlähmung der Reichsinstitutionen eine aktivere Politik betrieben und dabei seine kaiserliche Rolle konfessionsübergreifend verstanden hätte, orientiert etwa an der Politik seines Vaters Maximilian II., dem «eigentlichen Kaiser des Religionsfriedens»,⁴¹ dann wäre es womöglich nicht zur Bildung der konfessionellen Gruppierungen, der protestantischen Union und der katholischen Liga, gekommen, und die eskala-

torische Konfliktdynamik, die von den Deterministen herausgestellt wird, wäre gebremst, wenn nicht gestoppt worden. Aber Rudolf war für eine solche Rolle völlig ungeeignet; wochenlang verharrte er in grüblerischer Untätigkeit, ließ niemanden zu sich, beschäftigte sich mit Astrolabien oder alchemistischen Experimenten und widmete sich allerlei Skurrilitäten; dann wieder reagierte er bei jeder Gelegenheit mit Tobsuchtsanfällen und wütete gegen seine Umgebung. Außerdem lag er in beständigem Streit mit seinen Brüdern, namentlich mit Matthias, der ihn von der Macht zu verdrängen suchte. Der «Bruderkampf im Hause Habsburg», der in Form einer schrittweisen Entmachtung Rudolfs durch Matthias ausgetragen wurde,⁴² hat zur Paralyse der Reichsinstitutionen erheblich beigetragen. Von Rudolf jedenfalls ist keine Initiative gekommen, die den Konflikt moderiert oder entschärft hätte. Denkt man diesen Ansatz zu Ende, so war es das Verhängnis Deutschlands, dass in der politisch entscheidenden Phase vor dem großen Krieg eine psychisch labile Person, ein von Depressionen und Entschlusslosigkeit geplagter Mann an der Spitze des Reichs stand, der mit seinen kaiserlichen Aufgaben hoffnungslos überfordert war.⁴³

Matthias, der seinem älteren Bruder Anfang des Jahres 1612 offiziell als Kaiser nachfolgte, nachdem er seit längerem schon de facto als solcher agiert hatte, besaß zwar einen stärkeren Machtwillen als Rudolf und war auch in höherem Maße von seinen Fähigkeiten überzeugt,⁴⁴ aber auch er unternahm keinen Versuch, die gelähmten Reichsinstitutionen als Vermittlungs- und Schiedsinstanzen wieder arbeitsfähig zu machen. Im Rückblick, der im Unterschied zu den Zeitgenossen um den Fortgang der Geschichte weiß und diese auf «verpasste Gelegenheiten» hin absucht, sind die Regierungszeiten Rudolfs und Matthias' durch Stillstand und Zuwarten gekennzeichnet. Aber konnte man in dem Jahrzehnt vor Kriegsausbruch überhaupt erkennen,

dass dringender Handlungsbedarf bestand, wenn man den bewaffneten Zusammenstoß der Konfessionen noch vermeiden wollte? Oder erschien es aus zeitgenössischer Perspektive nicht viel sinnvoller, angesichts der bestehenden Verhältnisse eine grundlegende Reform der Reichsinstitutionen hintanzustellen, um die allenthalben zutage tretenden konfessionellen Konflikte nicht noch weiter anzuhetzen? Der Blick des Historikers auf die Vorgeschichte eines Krieges hat in der Regel etwas Besserwisserisches – zum einen, weil er es tatsächlich besser weiß als die handelnden Personen in ihrer Zeit, die eben nicht über das Wissen des Historikers verfügen; zum anderen aber auch deswegen, weil der Historiker häufig unterstellt, dass alles, was er weiß, auch die Zeitgenossen hätten wissen können, und als Beleg dafür führt er eine Reihe von Zitaten an, die den Eindruck vermitteln, die Klügeren unter den Zeitgenossen hätten tatsächlich gewusst, was der spätere Historiker weiß. Welche Relevanz das jeweilige Wissen hat, bleibt dabei freilich unterbelichtet.

Der Streit um das Marburger Land zwischen den hessischen Landgrafen

«Ich befürchte sehr», schrieb Landgraf Moritz von Hessen-Kassel am 23. März 1615 an den französischen König Ludwig XIII., «daß die Staaten des Reichs, die jetzt so grimmig miteinander im Streit liegen, einen verhängnisvollen Brand entzünden, von dem nicht nur sie selbst ergriffen werden [...], sondern auch all jene Länder, die in irgendeiner Weise mit Deutschland verbunden sind. All dies wird zweifellos die gefährlichsten Folgen haben und zum vollständigen Zusammenbruch und einer unvermeidlichen Änderung des gegenwärtigen Zustandes von Deutschland führen. Und davon werden vielleicht auch einige andere Staaten betroffen sein.»⁴⁵ Drei Jahre vor den Prager Ereignissen hat Moritz die künftige Entwicklung recht präzise vorweggenommen, so jedenfalls könnte man meinen. Man sollte darum annehmen, dass er selbst als Herrscher eines mittelgroßen Landes einiges unternommen hätte, um den «verhängnisvollen Brand» zu verhindern, von dem er in dem Brief spricht. Getan hat er jedoch das genaue Gegenteil: Die Landgrafschaft Hessen-Kassel war eines der energischsten Mitglieder der protestantischen Union und gehörte – im Unterschied zu den Reichsstädten, die sich ebenfalls der Union angeschlossen hatten, aber auf eine eher vorsichtige und zurückhaltende Politik drängten – zu den entschiedenen Unterstützern der kurpfälzischen Politik, die das Risiko einer bewaffneten Konfrontation mit der katholischen Liga in Kauf nahm. Das mag damit zu tun gehabt haben, dass sich Moritz als Reformierter der Kurpfalz, die als politische Speerspitze des Calvinismus in Deutschland galt, eng verbunden fühlte; ebenso aber dürfte er von der Vorstellung geprägt gewesen sein, dass der Krieg in Deutschland un-

vermeidlich sei und man deswegen auf ihn vorbereitet sein sollte.

Landgraf Moritz verfolgte diese Politik des Vorbereitetseins schon seit längerem; im Jahre 1600 bereits hatte er eine 9000 Mann starke Söldnertruppe aufgestellt, die zu unterhalten seinem nicht gerade reichen Land durchaus schwerfiel. 1604 besetzte er unter Einsatz dieser Söldner den größeren Teil des Marburger Landes und überrumpelte damit seinen Cousin, den Landgrafen von Hessen-Darmstadt, der in der Marburger Erbangelegenheit auf einen Entscheid des kaiserlichen Hofes gesetzt hatte. Seitdem musste Moritz damit rechnen, dass der Kaiser gegen ihn entschied und eine Reichsexekution anordnete, um diese Entscheidung durchzusetzen, was ihn umso fester an die Kurpfalz und die kurpfälzisch dominierte Union band. Außerdem suchte er Rückhalt bei Frankreich, zu dem bereits sein Vater enge politische Kontakte gepflegt hatte.⁴⁶ Man kann den Brief an Ludwig XIII. darum auch ganz anders verstehen, nämlich als eine durch Anlehnung an Frankreich erfolgte politisch-militärische Rückversicherung für den Fall, dass der Kaiser gegen die Interessen des Landgrafen entschied. Liest man den Brief im politischen Kontext, so handelte es sich bei ihm weniger um die Warnung vor einem großen Krieg in Deutschland als vielmehr um eine Vorbereitung darauf: Der französische König - also eine externe Macht - wird darauf hingewiesen, dass bestimmte Entwicklungen im Reich auch seine Interessen berühren könnten; er wird aufgefordert, die politischen Entwicklungen genau zu beobachten und gegebenenfalls auf eine militärische Intervention vorbereitet zu sein.

Der Streit um die Aufteilung der Landgrafschaft Hessen-Marburg, der die Politik der Kasseler wie der Darmstädter Linie der hessischen Landgrafen vor dem Dreißigjährigen Krieg und während seines Verlaufs bestimmte, ist paradigmatisch für die Konfliktlagen im Reich und die dar-

in regelmäßig zutage tretende Vermischung dynastischer Interessen und konfessioneller Zugehörigkeiten, kühler Interessenpolitik und religiöser Überzeugungen. Landgraf Philipp der Großmütige, neben Kurfürst Friedrich dem Weisen der wichtigste Unterstützer Luthers, hatte die Landgrafschaft unter seinen vier Söhnen aufgeteilt: Wilhelm erhielt Hessen-Kassel, Ludwig Hessen-Marburg, Georg Hessen-Darmstadt und Philipp die Gegend um Rheinfels. Nur zwei dieser Söhne, nämlich der Kasseler und der Darmstädter, hatten selbst Nachkommen, während der Rheinfelser 1583 und der Marburger 1604 kinderlos starben. Ludwig von Hessen-Marburg hatte sein Herrschaftsgebiet, das zwischen dem der Darmstädter und dem der Kasseler Linie lag und deswegen für beide von Interesse war, zu gleichen Teilen beiden Linien vermacht. Der Erbschaftsstreit zwischen Moritz, der 1592 seinem Vater Wilhelm gefolgt war, und Ludwig V. von Hessen-Darmstadt, der 1596 die Nachfolge seines Vaters Georg angetreten hatte, drehte sich um die Frage, ob «zu gleichen Teilen» nach Linien oder nach Köpfen geteilt werden sollte: Moritz, der einzige Sohn Wilhelms, bestand auf einer Teilung nach Linien, während Ludwig, der Älteste von drei Geschwistern, unter Verweis auf die Landesteilung seines Großvaters Philipp auf einer Teilung nach Köpfen bestand; dann hätte die Darmstädter Linie drei Viertel, die Kasseler hingegen nur ein Viertel aus der Erbmasse des Marburger Onkels erhalten.

Das Austrägalgericht, vor dem der Streit verhandelt wurde, entschied auf eine Teilung nach Linien, woraufhin Moritz die um Marburg gelegenen Gebiete mit seinen Truppen umgehend okkupierte und Oberhessen mit Gießen als Zentrum seinem Vetter Ludwig überließ. Der wiederum erkannte das Urteil des Gerichts nicht an und rief den Kaiser zu Hilfe. Am 11. Februar 1605 erging ein Erlass des Kaisers mit dem Hinweis darauf, «daß Reichslehen nicht ohne Zustimmung des Kaisers vermacht, geteilt und schiedsrich-

terlichem Spruche unterworfen werden dürften»; «die Akten über die Marburger Erbfolge [wurden] eingefordert». ⁴⁷ Das kaiserliche Eingreifen verschärfte den Streit, denn während Moritz bei seiner Auffassung blieb, ihm stehe die Hälfte der Erbschaft zu, erklärte Ludwig, der Kasseler Cousin habe durch sein eigenmächtiges Vorgehen den Erbananspruch verwirkt und das Erbe stehe nunmehr in Gänze der Darmstädter Linie zu. Da Moritz jedoch mit Hilfe seines Militärs vollendete Tatsachen geschaffen hatte, blieb der Status quo zunächst bestehen. Erst mit Beginn des Dreißigjährigen Krieges kam in die Marburger Angelegenheit wieder Bewegung, und je nach Kriegsglück war das umstrittene Gebiet einmal bei Kassel und dann wieder bei Darmstadt. Beigelegt wurde der Streit im Rahmen der Festlegungen des Westfälischen Friedens – im Übrigen ganz so, wie das Austrägalgericht dies entschieden hatte. ⁴⁸

Es ging in der Marburger Angelegenheit indes nicht nur um die Zugehörigkeit von Territorien zu der einen oder der anderen Landgrafschaft, sondern auch um religionspolitische Fragen. In der Tradition Philipps des Großmütigen, der im Marburger Religionsgespräch zwischen Luther und Zwingli und ihren unterschiedlichen Abendmahlsauffassungen zu vermitteln versucht hatte, war Hessen in der Abendmahlkontroverse zwischen Lutheranern und Calvinisten in allen vier Landgrafschaften lange Zeit neutral geblieben. Das hatte sich mit Moritz' Regierungsantritt in Hessen-Kassel geändert; der junge Landgraf neigte der calvinistischen Abendmahlsauffassung zu, begnügte sich aber zunächst damit, dieser Auffassung nahestehende Theologen in die maßgeblichen Kirchenämter zu berufen. Im Sommer 1605, nach der Besetzung des Marburger Gebiets durch sein Militär, gab er die zurückhaltende Linie auf und ordnete für das gesamte Land eine Reihe konfessioneller Neuerungen an: Eine davon besagte, «daß das Abendmahl nicht durch Reichung der Hostie, sondern durch Brechung des Brotes ge-

spendet werden sollte», eine weitere, «daß das Verbot, Gott abzubilden, als zweites Gesetz der zehn Gebote gelehrt und demgemäß der Bilderschmuck aus den Kirchen entfernt werden solle».⁴⁹ Auch wenn in den landgräflichen Anordnungen nirgendwo ein Wechsel der Konfession vom Luthertum zum Calvinismus angekündigt wurde, so konnte Moritz doch davon ausgehen, dass die veränderte Austeilung des Abendmahls, Erkennungszeichen für die unterschiedlichen Auffassungen Luthers und Calvins, zu einer allmählichen Verdrängung des Luthertums in der Landgrafschaft Hessen-Kassel führen würde.

Diese Verordnungen waren freilich nur der Anfang, denn nun forderte Moritz, der sich dabei auf die Position eines «Bischofs» seines Herrschaftsgebiets berief, von den Geistlichen seines Landes, dass sie sich den Vorgaben fügten oder aber ihr Amt niederlegten und emigrierten; von seinen Untertanen erwartete er, dass sie sich die Belehrung durch die von ihm eingesetzten Geistlichen anhörten – «die Annahme der wahren Lehre dürfe er zwar nicht erzwingen, aber sie anzuhören könne er selbst den Juden befehlen».⁵⁰ Dagegen regte sich Widerstand, den der Landgraf umgehend brechen ließ: Pfarrer, die den landgräflichen Anordnungen nicht folgen wollten, wurden entlassen; ebenso erging es vier widerspenstigen Theologieprofessoren der hessischen Landesuniversität in Marburg, und als dem ein Tumult der Marburger Bürgerschaft folgte, wurden Truppen in der Stadt einquartiert, die für Ruhe sorgten. Schließlich wurde die Ritterschaft an der Werra dazu gebracht, in ihren Patronatspfarreien nicht länger Geistliche mit lutherischer Gesinnung zu dulden.⁵¹ Die aus Marburg vertriebenen Lutheraner gingen ins darmstädtische Gießen, wo die bestehende Akademie im Jahre 1607 zur Universität erhoben wurde. Die Theologische Fakultät dort war der Luther'schen Abendmahlsauffassung wie überhaupt dessen Theologie verpflichtet, und dementsprechend wurden die

in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt angestellten Pfarrer künftig in Gießen ausgebildet.

Aber in demselben Maße, wie sich Moritz in seinem Herrschaftsbereich mit Hilfe der Söldnereinheiten durchzusetzen vermochte, machte er sich im Teilungsstreit mit seinem Darmstädter Vetter politisch und rechtlich verwundbar. Im Testament des verstorbenen Landgrafen von Hessen-Marburg hieß es nämlich, dass das im Jahre 1530 von Philipp dem Großmütigen für seine Lande angenommene «Augsburger Bekenntnis» unversehrt bewahrt werden solle und dass Verletzungen des Testaments - und darum handelte es sich bei Moritz' Vorgehen zweifellos - den Verlust der Erbschaft zur Folge hätten. Für den Fall, dass der Konflikt als Rechtsstreit ausgetragen worden wäre, bei dem ein Reichsgericht das letzte Wort gehabt hätte, hätte Moritz' Wechsel zur reformierten Abendmahlspraxis eine erhebliche Schwächung seiner Erbensprüche bedeutet. Vermutlich war deshalb in seinen Anordnungen nicht von einem Wechsel der Konfession die Rede. Die Folge war jedenfalls, dass Hessen-Kassel mehr an einer militärischen als an einer rechtlichen Lösung des Erbschaftsstreits gelegen war, während Hessen-Darmstadt in enger Anlehnung an Kursachsen eine ausgesprochen kaisertreue Politik betrieb.⁵²

Die beschriebene Konfrontation zwischen den beiden Landgrafen ist beispielhaft für die Vorgeschichte und den Verlauf des Krieges: Zunächst ging es um eine dynastische Erbschaftsangelegenheit und einen daraus resultierenden Konflikt, der im Rahmen der vorhandenen Institutionen auf dem Rechtsweg gelöst werden konnte. Die Ordnung des Reichs war darauf angelegt zu verhindern, dass solche Konflikte zu einem Krieg eskalierten, aber die schiedlich-friedliche Lösung funktionierte nur so lange, wie die an einer Auseinandersetzung beteiligten Parteien von der Neutrali-

tät der Entscheidungsinstanzen überzeugt waren und darauf vertrauten, dass jede Seite ein faires Verfahren bekommen würde. Das war jedoch mit Beginn der von den Landesherren betriebenen Konfessionalisierung und wachsenden Zweifeln an der Neutralität des Kaisers sowie der Reichsinstitutionen immer weniger der Fall.⁵³ Das Misstrauen gegenüber dem Kaiser und den Institutionen des Reichs wurde noch verstärkt, wenn, wie im Fall von Hessen-Kassel, ein Konfessionswechsel erfolgte, der zur Entstehung einer Exilpartei führte, von der die Zulässigkeit des Konfessionswechsels bestritten und die Legitimität des dafür verantwortlichen Herrschers in Zweifel gezogen wurde. Das war insbesondere bei einem Wechsel zum calvinistischen Bekenntnis so, denn dieses war nicht in den Augsburger Religionsfrieden eingeschlossen und stand deswegen auch nicht unter dessen besonderem Schutz. Im Fall von Landgraf Moritz kam noch hinzu, dass der de facto erfolgte Konfessionswechsel seinen Erbanspruch auf Hessen-Marburg deutlich geschwächt hatte.

Im Prinzip konnte Moritz also gar kein Interesse an einem Verfahren haben, sondern musste darauf setzen, dass die Reichsinstitutionen weiterhin blockiert blieben. Seine im Brief an Ludwig XIII. ausgesprochene Warnung vor einem drohenden Krieg im Reich, der auch die angrenzenden Staaten in Mitleidenschaft ziehen werde, zielte darauf, die politische Bindung an Frankreich zu erneuern, mit der sich Moritz Rückhalt gegenüber seinem Darmstädter Vetter und dem Kaiser verschaffen wollte. Das beim Luthertum verbliebene Hessen-Darmstadt wiederum hatte wegen des Streits um Hessen-Marburg ausgeprägtes Interesse an einem starken Kaisertum, war dieses doch der Garant dafür, dass es seine Ansprüche auf dem Rechtsweg geltend machen konnte und diese nach der Entscheidung zu seinen Gunsten qua Reichsexekution auch durchgesetzt würden. In Verbindung mit der Paralyse der Reichsinstitutio-

nen führte die Konfessionalisierungspolitik der Landesherren dazu, dass jeder Konfessionswechsel eines Landes die Gruppe der bedingungslos am Frieden orientierten Fürsten verkleinerte. Deswegen wurde die Gruppe derer, die auf Krieg setzten, weil sie ihn für unvermeidlich hielten, nicht unbedingt größer - aber sie erlangte immer größeren Einfluss.

[...]

Endnoten

1 Die Erinnerung an dieses inzwischen verblasste Trauma findet sich noch in den Titeln populärer Kriegsdarstellungen, etwa Milner, *Gegen Land und Leute*, oder Huf, *Mit Gottes Segen in die Hölle*.

2 Plessner hat in seinem gleichnamigen Buch den Bezug zum Dreißigjährigen Krieg selbst hergestellt, als er schrieb: «In Europa gibt es drei große Völker, welche an der Entwicklung des modernen Staatsbewußtseins seit dem 17. Jahrhundert nicht teilgenommen haben: Spanien, Italien und Deutschland. Denn in dem entscheidenden Zeitraum war das Schicksal gegen sie.» Und als Begründung im deutschen Fall hielt er fest: «Deutschland zerfiel in den Glaubenskämpfen, in dem Gegeneinander der Fürsten und der Kaisermacht.» In der Folge sei der Volksbegriff für das nationale Selbstbewusstsein sehr viel wichtiger geworden als der Staatsbegriff. (*Die verspätete Nation*, S. 58).

3 Zur dieser Bezeichnung vgl. Traverso, *Im Bann der Gewalt*, S. 40 ff.; kritisch dazu Münkler, *Der Große Krieg*, S. 10 f.

4 Moltke, «Rede im Reichstag am 14. Mai 1890»; in: Stumpf (Hg.), *Kriegstheorie und Kriegsgeschichte*, S. 505.

5 Freytag, *Bilder aus der deutschen Vergangenheit*, Bd. 3, S. 227.

6 Ebd., S. 227 f.

7 Zu Gustav Freytag vgl. Hahn / Oschmann (Hgg.), *Gustav Freytag (1816–1895)*, passim.

8 Dazu Hahn, «Gustav Freytag und die bürgerliche Lebenswelt des 19. Jahrhunderts»; in: Hahn / Oschmann (Hgg.), *Gustav Freytag*, S. 13–29.

9 In den neueren Darstellungen des Dreißigjährigen Krieges wird der Prager Fenstersturz zumeist nur kurz er-

wähnt und sein Ablauf nicht weiter erzählt; eine Ausnahme ist Gotthard, *Der Dreißigjährige Krieg*, S. 59–78. Für eine ausführliche Darstellung vgl. Gindely, *Geschichte des dreißigjährigen Krieges*, Bd. 1, S. 34–43; auch Moriz Ritter hat in seinem Werk *Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges*, Bd. 2, S. 453–458, die Prager Ereignisse gewürdigt. Die wichtigste Quelle beider ist der Bericht des Statthalters Martinitz, eines der Hauptbetroffenen, über den Tumult in der Burg und den Fenstersturz. Dieser ist auszugsweise abgedruckt in Roeck (Hg.), *Gegenreformation und Dreißigjähriger Krieg*, S. 191–198; vollständig in Lorenz (Hg.), *Quellen zur Vorgeschichte und zu den Anfängen des Dreißigjährigen Krieges*, S. 221–232.

10 Jörg-Peter Findeisen bezeichnet Thurn in seiner Kurzbiographie als den «Kopf jener Verschwörung, die Böhmen veränderte», weist aber «den zweifelhaften Ruhm» zurück, wonach Thurn «der ‹Urheber› des Dreißigjährigen Krieges» gewesen sei; Findeisen, *Der Dreißigjährige Krieg*, S. 140 und 141.

11 Der Majestätsbrief findet sich in deutscher Übersetzung bei Roeck (Hg.), *Gegenreformation und Dreißigjähriger Krieg*, S. 146–152; ebenso Lorenz (Hg.), *Quellen zur Vorgeschichte*, S. 92–100. Utraquisten ist die Bezeichnung für diejenigen, die seit dem 16. Jahrhundert in Böhmen das Abendmahl «in beiderlei Gestalt», also in der Form von Brot und Wein, feierten, dogmatisch aber dem Katholizismus verbunden blieben. Ihnen wurden im Majestätsbrief Lutheraner und Calvinisten subsumiert.

12 Press, *Kriege und Krisen*, S. 173; vgl. auch Rill, *Kaiser Matthias*, S. 145 ff.

13 Vgl. Ritter, *Deutsche Geschichte*, Bd. 2, S. 454.

14 Ebd.

15 Ebd., S. 456; ausführlich Müller, «Der Fall Klostergrab», S. 59 ff.

- 16** Gindely, *Geschichte des dreißigjährigen Krieges*, Bd. 1, S. 31; die Metaphorik von Fuchs und Löwe geht auf Machiavellis *Principe* (Kapitel XVIII) zurück.
- 17** Zur Biographie Klesls vgl. Findeisen, *Der Dreißigjährige Krieg*, S. 124–130; Press, «Melchior Khlesl, Kardinal», S. 265–267, Krones, «Kardinal Melchior Klesl», S. 143–184, sowie Hermann, «Klesl», S. 1486. Die Schreibweise des Namens differiert und wurde hier wie an weiteren Stellen zu Klesl vereinheitlicht.
- 18** Press, *Kriege und Krisen*, S. 170.
- 19** «Bericht des Statthalters Martinitz», zit. nach Roeck (Hg.), *Gegenreformation und Dreißigjähriger Krieg*, S. 192.
- 20** Ebd., S. 193.
- 21** Die Hussitenkriege werden gelegentlich den Kreuzzügen zugerechnet, weil der Papst dazu aufgerufen hatte und sich ihnen Ritter aus ganz Europa anschlossen. Insgesamt kam es zu fünf Hussitenkreuzzügen, von denen jedoch keiner das angestrebte Ziel erreichte; vgl. Riley-Smith, *Die Kreuzzüge*, S. 384 f.
- 22** Press, *Kriege und Krisen*, S. 192.
- 23** Zit. nach Roeck (Hg.), *Gegenreformation und Dreißigjähriger Krieg*, S. 196.
- 24** Ebd., S. 197.
- 25** Huch, *Der Dreißigjährige Krieg*, Bd. 1, S. 198.
- 26** Ebd., S. 199.
- 27** Der Abfall der Niederlande von Spanien hatte im Jahr 1565 begonnen; die Aufständischen hatten sich in drei Wellen gegen die Weltmacht behauptet. Der 1609 für zwölf Jahre geschlossene Waffenstillstand lief de facto auf die staatsrechtliche Anerkennung der niederländischen Republik hinaus; vgl. Parker, *Der Aufstand der Niederlande*, passim. Aus dem Blickwinkel von 1618 dürfte das niederländische Beispiel eine ermutigende Wirkung auf die Böhmen gehabt haben.

28 Das im Jahr 1526 an die Habsburger gefallene Königreich Böhmen war ein politisch komplexes Gebilde; neben dem eigentlichen Königreich gehörten zu ihm auch noch die «Länder der Wenzelskrone»: Mähren, Schlesien und die beiden Lausitzen. Die Zugehörigkeit Böhmens zum Heiligen Römischen Reich war unklar; einerseits war mit der böhmischen Krone die vierte weltliche Kurstimme verbunden (neben der Kurpfalz, Kursachsen und Brandenburg), so dass Böhmen an der Kaiserwahl teilnahm; andererseits war es aber nicht im Kurverein vertreten, beteiligte sich nicht weiter an den Reichstagen und Kurfürstentagen und hatte auch sonst keinen Vertreter in den Reichsinstitutionen.

29 Zu den Problemen der Unterscheidung von Anlass und Ursache vgl. Burkhardt, «Worum ging es im Dreißigjährigen Krieg?», S. 67–87.

30 Thukydides selbst spricht vom «Krieg zwischen den Peloponnesiern und den Athenern»; die Bezeichnung «Peloponnesischer Krieg» findet sich erstmals bei Diodor im ersten vorchristlichen Jahrhundert.

31 Zum Auftauchen der Bezeichnung «Dreißigjähriger Krieg» in der Schlussphase des Krieges und zu ihrer Fortdauer vgl. ausführlich Repgen, «Seit wann gibt es den Begriff ‹Dreißigjähriger Krieg›?», S. 59–70, ders., «Die Entstehung und Verwendung des Terminus Dreißigjähriger Krieg von 1620 bis 1695», S. 3–79, sowie ders., «Der Dreißigjährige Krieg im deutschen Geschichtsbild von Schiller», S. 112–134. Repgen («Über die Geschichtsschreibung des Dreißigjährigen Krieges», S. 23, Fn. 111) hat auch auf den Vorbildcharakter des thukydideischen Werks für die zeitgenössische Wahrnehmung des großen Krieges in Mitteleuropa hingewiesen.

32 Thukydides, *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* I, 9–24, S. 27–36.

33 Ebd., I, 23, S. 36.

- 34** Dedicatio zu *Theatri Europaei*, sechster und letzter Teil, Frankfurt 1652, unpaginiert.
- 35** So Merzhäuser, «Über die Schwelle geführt», S. 74.
- 36** Thukydides, *Geschichte des Peloponnesischen Krieges*, I, 24, S. 37.
- 37** So bemerkt Thukydides über die spartanische Entscheidung, den Vertrag über einen Dreißigjährigen Frieden nach nur vierzehnjähriger Laufzeit für beendet zu erklären: «Zu diesem Beschluß der Spartaner, daß der Vertrag gebrochen und der Krieg nötig sei, hatten freilich die Verbündeten mit ihren Reden weniger beigetragen als die Furcht vor Athen, daß es immer mächtiger werden könne, da sie ihm doch den größten Teil von Hellas bereits untertan sahen.» (I, 88, S. 76) Und noch einmal, die spartanische Politik resümierend: «Nun aber, da die Macht Athens so augenscheinlich stieg und ihren Bund [das Bündnis-system Spartas] antastete, da riß ihre Geduld, und sie entschlossen sich, anzugreifen und alles einzusetzen, um seine Größe zu stürzen, wenn sie könnten, und eben den Krieg zu erklären.» (I, 118, S. 93).
- 38** Ebd., I, 44, S. 50.
- 39** Zu den spezifischen Tücken einer Kriegsursachenanalyse wie der des Thukydides vgl. Münkler, «Die Weisheit der Regierenden», S. 80 ff.
- 40** So etwa der einschlägige Band 10 von *Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte*, in dem Maximilian Lanzinner das konfessionelle Zeitalter und Gerhard Schorrmann den Dreißigjährigen Krieg behandeln; weiterhin Schilling, *Aufbruch und Krise*, sowie Heckel, *Deutschland im konfessionellen Zeitalter*; Zeeden, *Hegemonialkriege und Glaubenskämpfe*, sowie Lutz, *Das Ringen um deutsche Einheit und kirchliche Erneuerung*; ebenso Klueping, *Das konfessionelle Zeitalter*.
- 41** Press, *Kriege und Krisen*, S. 163.
- 42** Dazu Rill, *Kaiser Matthias*, S. 121–144.

- 43 In der zeitgenössischen Begrifflichkeit war von der *melancholia* des Kaisers die Rede. Wahrscheinlich litt der Kaiser aber weniger unter melancholischer Apathie als unter einer agitiert-depressiven Erkrankung; womöglich hatte er auch Schübe von Schizophrenie; vgl. Gotthard, *Der Dreißigjährige Krieg*, S. 16; zur Biographie Rudolfs vgl. Press, «Rudolf II. (1576–1612)», S. 99–111, sowie ausführlich Evans, *Rudolf II. Ohnmacht und Einsamkeit*.
- 44 Für eine Vita des Kaisers vgl. Rill, *Kaiser Matthias*; für eine Kurzbiographie Findeisen, *Der Dreißigjährige Krieg*, S. 42–49, sowie Press, «Matthias (1612–1619)», S. 112–123; zur Vermittlungspolitik des Kaisers ausführlich Ritter, *Deutsche Geschichte*, Bd. II, S. 359–417.
- 45 Zit. nach Parker, *Der Dreißigjährige Krieg*, S. 72. Parker gibt eine russische Quelle für das Zitat an und weist darauf hin, dass es sonst nicht auftaucht. Er benutzt es als eine der Antizipationen der kommenden Ereignisse.
- 46 Vgl. Ritter, *Deutsche Geschichte*, Bd. I, S. 412; ausführlich Gräf, *Konfession und internationales System*, S. 201–327.
- 47 Ritter, *Deutsche Geschichte*, Bd. II, S. 239 f.
- 48 Zum wechselvollen Schicksal der früheren Landgrafschaft Hessen-Marburg während des Dreißigjährigen Krieges vgl. Albrecht, «Die Kriegs- und Friedensziele der deutschen Reichsstände», S. 241 ff.; zum «Kasseler Einigungsvertrag», durch den das marburgische Oberhessen, Katzenelnbogen und Schmalkalden zu Hessen-Kassel kamen, vgl. ebd., S. 253. Ausführlich dazu Press, «Hessen im Zeitalter der Landesteilung», S. 267–331.
- 49 Ritter, *Deutsche Geschichte*, Bd. II, S. 238.
- 50 Ebd.
- 51 Ebd., S. 239.
- 52 Vgl. Albrecht, «Die Kriegs- und Friedensziele», S. 242.
- 53 Zum Begriff der Konfessionalisierung und der so bezeichneten Praxis der konfessionellen Vereinheitlichung

landesherrschaftlicher Territorien vgl. Zeeden, *Die Entstehung der Konfessionen*, sowie ders., *Konfessionsbildung*; weiterhin Schmidt, *Konfessionalisierung*, sowie Schilling, «Die Konfessionalisierung im Reich».